



## Editorial

DKG-Hauptgeschäftsführer **Georg Baum**

# Das Bündnis macht weiter

**E**ine der größten Demonstrationen seit Bestehen der Bundesrepublik: 130 000 Krankenhausbeschäftigte füllten am 25. September den längsten Politikboulevard Deutschlands. Soweit das Auge reichte ein buntes Meer von Menschen mit Transparenten und Botschaften. Dabei wurde mehr als deutlich: Krankenhäuser sind keine normalen Dienstleistungsbetriebe. Krankenhäuser sind Stätten der medizinischen und sozialen Daseinsvorsorge mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich einem sozialen und humanen Auftrag verpflichtet fühlen. Weil dieser gefährdet ist, gehen sie gemeinsam mit den Trägern auf die Straße. Alle Berufe und Mitarbeitergruppen – ob Krankenhausmanagement oder Pförtner – haben absolut authentisch und überzeugend auf die nicht mehr länger hinnehmbaren Konsequenzen der Deckelung aufmerksam gemacht. Dies als Funktionärsforderungen abzutun, ist sehr oberflächlich.

Noch ehe die Delegationen aus nahezu allen Krankenhäusern Deutschlands ankamen, wurde schon etwas erreicht:

1. In den nächsten Jahren wird wohl keine Partei und keine Gesundheitsreform mehr leichtfertig mit Kürzungen der Krankenhausbudgets aufwarten. Der „Sanierungsbeitrag“ hat das Mehrfache an politischem Vertrauensschaden gekostet als die 700 Mio. €, die damit „eingespart“ wurden.

2. Ohne die Ankündigung der Großdemonstration hätte die Koalition weiter darüber diskutiert, ob das Hilfsprogramm für die Krankenhäuser nicht auf 2 Mrd. €, sondern auf nur 1,5 Mrd. € begrenzt werden sollte. Der Kabinettsbeschluss am Tag vor der Kundgebung hat zumindest diesen Sack zugemacht. Bei einem Gesamtvolumen von knapp 2 Mrd. € sind 1,35 Mrd. € zur Teilrefinanzierung der Tarifsteigerungen vorgesehen. Natürlich sind 1,35 Mrd. € mehr als nichts, aber ein Großteil der Lasten bleibt unfinanziert.

Dass nicht 60 000 oder 70 000, wie ursprünglich erwartet, sondern 130 000 Klinikbeschäftigte nach Berlin kamen, unterstreicht den großen Nachbesserungsbedarf im weiteren Gesetzgebungsverfahren, dem sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht entziehen können. „3 Mrd. € mehr für unsere Krankenhäuser“ inserierte das BMG in großen Lettern nach dem Kabinettsbeschluss in den deutschen Zeitungen. Wenn 3 Mrd. € drauf steht, sollten auch 3 Mrd. € drin sein. Die den Krankenhäusern 2009 ohnehin gesetzlich zustehenden

Finanzierungsmittel einschließlich des planmäßigen Wegfalls des Sanierungsbeitrages können nicht ernsthaft als zusätzliche Hilfen für die Krankenhäuser deklariert werden.

Genauso wenig kann die Behauptung akzeptiert werden, die Beiträge zur GKV müssten wegen des Hilfsprogramms für die Krankenhäuser um 0,3 Prozent erhöht werden. Die beitragsneutralen Mehreinnahmen der Krankenkassen werden sich 2009 auf ca. 8 Mrd. € belaufen. Da der Anteil der stationären Versorgung an den Gesamtausgaben bei ca. 30 Prozent liegt, kann erst oberhalb von 2,4 Mrd. € von Beitragseffekten infolge der Krankenausgaben gesprochen werden. Ehe also der Krankenhäuser wegen die Beiträge um 0,3 Prozent erhöht werden müssten, wäre das Hilfsprogramm um fast 3 Mrd. € aufzustocken.

Wenig Hilfe bietet das Förderprogramm für die Einstellung von Pflegekräften denjenigen Krankenhäusern, die bereits das vorhandene Personal nicht bezahlen können. Ein Lichtblick ist immerhin, dass die 660 Mio. €, die nach drei Jahresschritten für das Programm bereitgestellt werden, ab 2012 über die Basisfallwerte das gesamte Finanzierungsvolumen erhöhen. Die vorgesehene Abschaffung der Grundlohnrate als Obergrenze für die Erhöhung der Basisfallwerte könnte als „Deckel weg“ gefeiert werden, gäbe es nicht den Jahr für Jahr neu zu überwindenden Genehmigungsvorbehalt der Bundesregierung mittels Rechtsverordnung. Es ist inkonsequent, die Kostenentwicklung der Krankenhäuser vom Statistischen Bundesamt ermitteln zu lassen, die zulässige Marge aber von der Kassenslage im Gesundheitsfonds abhängig zu machen. Eine dauerhafte Überwindung der Finanzmisere der Krankenhäuser wird mit dieser Hürde verbaut.

Die Beschlüsse der Regierung bieten zu wenig für die aktuellen Kostenlasten und keine durchschlagende Lösung für die Zukunft. Deshalb macht das Bündnis zur Rettung der Krankenhäuser weiter, bis der Finanzierungsrahmen für die Krankenhäuser im KHRG stimmt.